

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

87 (14.4.1950)



(Fortsetzung von Seite 1)  
 munisten beeinflussen. Er bedient sich der Methode die dem „unamerikanischen Komitee“ in den USA eigen ist und dort die tolle Hexenverfolgung und die Kriegshysterie auslöste, die mittlerweile auch Westeuropa erfaßt hat. Sollte man in der Redaktion der „AZ“ nicht wissen, was man tut? Sollte man dort einfach aus Ahnungslosigkeit dem Antikommunismus, der Grundtugend unserer Epoche, wie ihn Thomas Mann nannte, verfallen sein? Wir glauben es nicht.

Wie nehmen sich, wenn erstens die Kriegsgefahr bestritten wird und zweitens sich daran diese Hetze knüpft, platonische Versicherungen, auch für den Frieden zu sein, aus, wenn man dabei gleichzeitig verneint, etwas für den Frieden zu tun. Der Friedenskampf ist Angelegenheit aller Menschen, wer ihn, wie der Leitartikel, zu einer Parteilichkeit versucht zu stemmen, kehrt sich gegen das Höchste, um das gegenwärtig die Menschheit ringen muß.

Die Friedenskomitees in aller Welt, jeder ehrliche Freund des Friedens, hat die imperialistischen Mächte des Westens zum Feind, deshalb, weil diese nicht den Frieden wollen. Den Kommunisten und der Sowjetunion dient jede Friedensanstrengung, weil sie nichts anderes für die Menschheit und zu ihrem eigenen Wohle wollen als den Frieden. In diesem Punkt hat der Leitartikel der sozialdemokratischen Zeitung — vielleicht zu seiner eigenen nachträglichen Verwunderung — sogar recht: der Frieden dient den Kommunisten und der Sowjetunion!

## Allerdings: Ost-West-Gefälle

In Westdeutschland Demontage, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung — im Osten Deutschlands Aufbau, Arbeitermangel und neue Hoffnung!

Bonn, 11. April. (EB) Die verhängnisvollen Auswirkungen der vom kalten Krieg diktierten Wirtschaftspolitik der Bonner Protektorsverwaltung kommen in einer Denkschrift zum Ausdruck, die während der Ostertage vom Ministerium Storch veröffentlicht wurde. In dieser ist von einem „Ost-West-Gefälle der Arbeitslosigkeit“ die Rede.

Seit der sogenannten Währungsreform, heißt es in der Denkschrift, zeichnet sich dieses Gefälle immer stärker ab. In den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Nordhessen sei die Arbeitslosigkeit viel stärker als in den anderen Ländern. Die von Adenauer, Storch und Erhard unterstützte amerikanische Politik der Vorbereitung eines heißen Krieges gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien spielt mit dem Gedanken der verbrannten Erde in dem Raum zwischen Elbe und Rhein. Unter diesem Gesichtspunkt werden die Demontagen in Betrieben und Industriezweigen in der Nähe der Deutschen Demokratischen Republik besonders rigoros durchgeführt.

Die Denkschrift Storch umschreibt das als „Verschiebung im Gefüge der westdeutschen Wirtschaft“ und „Deutschland auferlegte wirtschaftspolitische Beschränkungen“. Mit keiner Silbe erwähnt sie jedoch, daß dort, wo die angloamerikanischen Konkurrenten keinen Einfluß mehr auf die deutsche Wirtschaft haben, in der Deutschen Demokratischen Republik, es keine Arbeitslosigkeit gibt, sondern daß dort im Gegenteil ein erheblicher Mangel an Facharbeitern besteht.

### Im Zeichen des Aufstiegs Hervorragende Qualität des in der DDR erzeugten Stahls

Berlin. (EB) Der in der volkseigenen Stahlindustrie der Deutschen Demokratischen Republik erzeugte Stahl ist von hervorragender Qualität, stellte das Institut für Eisenforschung in Henningsdorf fest. Der Ausstoß von Erzeugnissen zweiter Qualität ist äußerst gering. Das Walzwerk der Maxhütte hat einen Ausstoß von Erzeugnissen zweiter Qualität in Höhe von 5,7

## Wer sabotiert den innerdeutschen Handel?

Die Kohlenperre widerrufen

Die Kohlenlieferungen aus Westdeutschland an die Deutsche Demokratische Republik sind nicht eingestellt, erklärte ein Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums, es gebe keine Schwierigkeiten in der Zahlungsabwicklung, die DDR sei im Gegenteil in Vorlieferung gewesen.

Immer wieder wird versucht die innerdeutschen Handelsbeziehungen, den Handel zwischen Westdeutschland und der DDR zu stören. Proteste von Unternehmern und Wirtschaftsorganisationen gegen die Sabotage dieses Handels und Forderungen der werktätigen Bevölkerung auf Ausbau des innerdeutschen Handels und nach dem Ost-West-Handel verlangen von den Ministern der Separat-Regierung die Wahrung der Interessen der gesamtdeutschen Wirtschaft. Nur zwei Beispiele aus den letzten Tagen wollen wir dazu anführen. Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 6. April 1950 berichtet:

„Auf der Vorstandssitzung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten in Königstein stand die Intensivierung des deutschen Industrie-Exports nach Ost-Europa im Mittelpunkt der Debatte.“

Und das andere Beispiel entnehmen wir der „Nordbayerischen Volkszeitung“ Nürnberg:

„Im Auftrag von 16 000 Belegschaftsmitgliedern ersucht deshalb die Arbeits-

gemeinschaft der Betriebsräte der MAN-Werke die Bezirksleitung und den Hauptvorstand der IG Metall mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß der Ost-West-Handel forciert wird.“

Auch die aus Berlin in die gesamte bürgerliche Presse lancierte Meldung von der verhängten Kohlenlieferperre hat in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung den Widerstand gegen die Handelspolitik des Kanzlers der in- und ausländischen Monopolisten verschärft.

Schon die vor einigen Wochen auf Anordnung der Hohen Kommissare verhängte Sperre der Lieferung von Stahl nach der Deutschen Demokratischen Republik hat zu einer Erschwerung der Wirtschaftslage in Westdeutschland geführt. Tausende Arbeiter in der Stahlindustrie werden davon durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Wer den Austausch von Ruhrkohle gegen Braunkohlebriketts aus dem Osten Deutschlands stört, sabotiert die gesamtdeutsche Wirtschaft. Westdeutschland hat zu wenig Braunkohle und ist auf die Lieferung aus der Deutschen Demokratischen Republik angewiesen, es hat aber zuviel Steinkohle. Nach einem Bericht im „Tagesspiegel“ vom 28. März 1950 über den europäischen Kohlenüberschuß hat Westdeutschland als unverkäuflich 80 000 Tonnen Koks gemeldet. Ferner heißt es wörtlich:

„Die Kohlen- und Koks menge, die im zweiten Vierteljahr 1950 in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Westdeutschland für die Ausfuhr zur Verfügung steht, beläuft sich auf 7,9 Millionen Tonnen, davon können 4,8 Millionen Tonnen in fünfzehn europäischen Ländern abgesetzt werden, während 30 Prozent unverkäuflich bleiben.“

Warum soll der Ueberschuß an Kohle und Koks in Westdeutschland nun nicht an die deutsche Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik geliefert werden? Die amerikanischen Imperialisten und ihre Helfershelfer in Westdeutschland fragen nicht nach den gesamtdeutschen Interessen, sie wollen den Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft und ohne kapitalistische Verschuldung mit allen Mitteln verhindern. Der „Industriekurier“ vom 8. April 1950 bringt folgende Meldung:

„Die USA haben die Kontrolle für den

Export von „strategischen Gütern“ nach Ländern unter sowjetischem Einfluß weiter verstärkt. Nach einer Anordnung des USA-Handelsministeriums werden zusätzlich zu den bereits im vergangenen Jahre unter Kontrolle gestellten Warenkategorien zukünftig für 600 Warenarten von „strategischer Bedeutung“ besondere Export-Lizenzen vorgeschrieben.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 11. April 1950 schreibt über die Kohlenlieferperre:

„Von der Handelsabteilung der amerikanischen Oberkommission wurde erklärt, daß die Einstellung der Kohlenlieferungen wahrscheinlich wieder aufgehoben werde.“

Danach hat sich auch die Hohe Kommission schon mit einer Kohlenlieferperre beschäftigt. Wenn aber die Minister der Separat-Regierung und ihre Auftraggeber glauben mit einer Kohlenlieferperre und anderen Sabotage-Maßnahmen gegen den innerdeutschen Handel den Aufbau der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik verhindern zu können, dann sind sie im Irrtum. Die Deutsche Demokratische Republik baut auf, sie ist jetzt dabei, auch die Schwerindustrie aufzubauen. So ist u. a. in den letzten Tagen die neue Feinseisen-Walzstraße des volkseigenen Stahl- und Walzwerkes Riesa fertiggestellt. Andere Stahl- und Walzwerke werden folgen. Die freundschaftlichen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratien garantieren die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft im Osten Deutschlands.

Dieser Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik wird aber auch von allen Werktätigen Westdeutschlands begrüßt. Max Reimann hat am ersten Ostertag in Pelkum bei Hamm gesagt daß schon heute die Werktätigen an der Ruhr in Wilhelm Pieck ihren Präsidenten, den Präsidenten einer einheitlichen unabhängigen demokratischen Republik sehen, und daß der Tag nicht mehr fern sei, wo die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik sich über ganz Deutschland erstrecken wird. H. H.

### Gemeinsames Wahlprogramm der demokratischen Blockparteien

Potsdam. (EB) Die Durchführung der Volkswahlen auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms beschloß der demokratische Block des Landes Brandenburg in Potsdam. Die Parteien und Organisationen werden, wie es in dem Beschluß heißt, eine breite Aufklärungsarbeit entfalten, um jede Stimme für das gemeinsame Wahlziel zu gewinnen. „Nicht Parteihaider und Zersplitterung, sondern Einmütigkeit und Stärke aller friedliebenden, demokratischen und patriotischen Kräfte des deutschen Volkes erfordert der Kampf für den Frieden und für ein einiges unabhängiges Deutschland.“

### Handels- u. Zahlungsabkommen zwischen der Sowjetunion und der DDR unterzeichnet

Berlin. (EB) In Moskau wurde ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der UdSSR unterzeichnet. Für die Sowjetunion zeichnete der Minister für den Außenhandel der UdSSR, für die DDR der Minister für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung, Georg Handke.

Der Unterzeichnung wohnte der stellvertretende Außenhandelsminister der UdSSR und führende Vertreter des Außenhandels und Außenhandelsministeriums der UdSSR bei. Von deutscher Seite waren neben sämtlichen Mitgliedern der Handelsdelegation der Chef der diplomatischen Mission der DDR in der UdSSR, Rudolf Appel, und seine Mitarbeiter zugegen.

### Zum Befreiungstag Aufruf der VVN

Berlin. (EB) Der Rat der VVN hat zum Internationalen Befreiungstag einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Zehn Millionen Friedenskämpfer, die in der FIAPP vereinigt sind, rufen die Frauen, Männer und die deutsche Jugend auf, den Internationalen Befreiungstag zu einem einmütigen und machtvollen Bekenntnis für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens zu gestalten. Wir grüßen die Sowjetunion, den Hort des Friedens. Wir grüßen alle um ihre Freiheit und den Frieden ringenden Völker. Unser besonderer Gruß gilt den jungen Friedenskämpfern aller Nationen. Es lebe der Internationale Befreiungstag, es lebe die FIAPP, die Vorkämpferin des Friedens.“

### Generalangriff auf Saigon

Paris. (EB) Trotz schärfster Presse-Zensur im französisch beherrschten Teil Vietnams dringen Tag für Tag Nachrichten von Erfolgen der Befreiungsarmee in ihrem Generalangriff auf Saigon durch.

Zweimal dementierte der französische Generalstab Meldungen von der erfolgreichen Offensive der Vietnam-Bewegung, bis sie zugegeben werden mußten. Radio Vietnam gab die Einnahme von zwei französischen Verteidigungsstellungen an der Dschungelfront von Saigon bekannt. Zahlreiche Gefangene wurden gemacht.

Die gesteigerte militärische Aktivität der Befreiungsarmee hat in französischen Regierungskreisen Saigons Panik hervorgerufen. Man erwartet täglich den letzten Sturmangriff auf Saigon. Französische Bewohner von Saigon wagen sich nur noch bewaffnet auf die Straße.

### Remer darf wieder sprechen auf Friedenskämpfer Kopfpämie

Das sind zwei Musterbeispiele der Regierungspraxis rechter Sozialdemokraten, wie sie sich in den Zeitungsmeldungen eines Tages spiegeln. Remer, der in Hitlers Auftrag die Generalsrevolte vom 20. Juli 1944 in Berlin im Blut ersticken half, der in Westdeutschland das rechte Klima für die Kultivierung seines Neofaschismus gefunden hat, war in der Tat das Reden in Schleswig-Holstein verboten seit dem 15. Februar 1950. Aber jetzt, kaum zwei Monate später, ist es ihm wieder erlaubt. Die Regierung der rechten Sozialdemokraten in Kiel ist nämlich „demokratisch“.

Im benachbarten Hamburg ist es der rechte sozialdemokratische Bürgermeister, Brauer mit Namen, der eine Prämie ausgesetzt hat für jeden, der Friedenskämpfer zur Anzeige bringt, wenn sie Plakate für den Frieden kleben. Das Wort Frieden und auch schon der Buchstabe F an Häuserwänden geschrieben, die es in Hamburg, der durch den Hitlerkrieg so schwer betroffenen Stadt, noch Jahre und vielleicht Jahrzehnte hindurch in Massen geben wird, hält Herr Brauer für gefährlich. Denn er ist ein „Demokrat“, Marke Wallstreet, wie seine Kollegen in Kiel.

Wenn in Deutschland am 16. April aus Anlaß der Befreiung der überlebenden Häftlinge in Hitlers Konzentrationslagern vor fünf Jahren und im Gedenken an die ungezählten Opfer, die im Kampf gegen Hitlerdiktatur und Hitlerkrieg gebracht worden sind, der Befreiungstag begangen wird, als ein Kampftag für Einheit und Frieden, dann müssen wir dabei die Lehren uns vergegenwärtigen, die der große Kämpfer für den Frieden, der Vorkämpfer der Einheit der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, uns erteilt, dann müssen wir unseren Mut stärken an dem großen Beispiel, das er uns gegeben hat. Aber auch und vor allem ein Stück praktische Arbeit gilt es zu leisten an diesem Tag, durch die Sammlung von Unterschriften für die Achtung der Atombombe und für den Frieden. I. H.

### Ohne Sowjetdelegierte

Berlin. (EB) Der Delegierte der Sowjetunion verließ den Budget-Ausschuß der UN, nachdem seinem Antrag auf Ausschluß des Delegierten der Kuomintang-Clique nicht entsprochen worden war.

## Am 1. Mai heraus zur Demonstration!

Weg mit dem Ruhr- und Besatzungsstatut / Her mit dem Friedensvertrag

Frankfurt (EB). Warum die Arbeiter am 1. Mai für diese politische Forderungen demonstrieren? Weil das Leben der deutschen Arbeiter durch das Diktat der westlichen Besatzungsmächte so unerhört verschlechtert wird. Mit Hilfe des Ruhrstatuts wird die Entmachtung der Kriegsverbrecher-Monopolisten verhindert und darum kann das Ruhrgebiet wieder eine Rüstungsbasis werden.

Im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen haben die Westmächte unter Führung Amerikas die Spaltung Deutschlands vollzogen. Sie fanden in Westdeutschland willige Helfershelfer bei der Kolonisierung unseres Vaterlandes. Der „Staat“ der Separat-Regierung Adenauer hat keinerlei Souveränität. In ihm bestimmen die „Hohen Kommissare“. Immer noch werden wichtige Betriebe demontiert und wird die deutsche Industrie schwerstens geschädigt, indem ihr verboten wird, Aufträge aus dem Osten auszuführen. Die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland wäre leicht zu überwinden, wenn Deutschlands Einheit wieder hergestellt würde. So aber bleibt auch die Jugend in Westdeutschland ohne Arbeit, ohne Lehrstellen — ihr droht Arbeitsdienst und

Söldnertum in Adenauers geplantem deutschen Kontingent in einer europäischen Armee.

Fünf Jahre nach der Kapitulation lassen die westlichen Alliierten immer noch nicht erkennen, wann endlich sie Deutschland zu räumen gedenken. Allein an barem Geld kosten uns jährlich die westlichen Besatzungstruppen viereinhalb bis fünf Milliarden D-Mark. Die Erhöhung des Brotpreises zeigt, daß man die Lebenslage des werktätigen Volkes immer noch mehr verschlechtert.

Nur durch die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes in einer deutschen demokratischen Republik, durch den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen können die Lebensfragen unseres Volkes gelöst werden. Dadurch würde aber auch der Frieden in Europa gesichert. Darum demonstrieren die Arbeiter in ganz Deutschland am 1. Mai auch unter diesen Losungen und darum auch wird die Unterschriften-sammlung des „Komitee der Kämpfer für den Frieden“ gerade von der Arbeiterschaft mit aller Kraft unterstützt.



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN  
 Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

1. Fortsetzung

Auch die Hunde hatten auf die Rückkehr der Jäger gewartet. Fleisch war schon lange keins mehr da. Seitdem der Schnee nicht mehr für die Schlitten eignete, hatte man aufgehört, die Hunde zu füttern. Abgemagert, mit haaremdem, an den Flanken in Fetzen herabhängendem Fell liefen sie durchs Lager und balgten sich erbittert um die Knochen, die die Frauen hinauswarfen. Sie liefen in die Tundra, verwilderten und jagten auf eigene Faust Ziesel- und Feldmäuse. Nur Alletts Hunde waren wohlbeleibt. Allet liebte gute Hunde.

Einer der Hunde konnte die schwere Geduldprobe nicht länger ertragen und stürzte sich auf das Fleisch. Der alte Waal vertrieb ihn mit der Krücke und sagte:

„Gyt! Du kommst auch noch dran! Ich muß auch geduldig auf ein Stück Fleisch warten.“

Der Hund sprang träge zur Seite und sah den Alten vorwurfsvoll und unzufrieden an.

Mit zusammengekniffenen Augen betrachtete Allet einen großen Walroßkopf. Er zog die Hauer aus dem Schnee, drehte den Kopf

auf die Seite und maß einen Stoßzahn mit der rechten Hand aus.

„Ein guter Zahn. Zwanzig Pounds! wird jeder haben!“

Keiner der Jäger hatte eine Vorstellung von diesen „Pounds“, und überhaupt kannten sie keine Gewichtsmasse. Nur Allet, der ständig mit Charlie zu tun hatte, wußte ausgezeichnet, was ein Pound war.

Charles Thompson, der Eigentümer der Pelzfaktorei, hatte Allet zu seinem Mittelsmann gemacht und ihm gelehrt, wie man Waren auf englischen Waagen wiegt.

Und jetzt sprach Allet nur deshalb von Pounds, um seine Kenntnisse in einer so wichtigen Angelegenheit zu unterstreichen, damit die Leute wußten, was für ein kundiger Mann er war. Listig kniff er die hinhin und hersuchenden Augenlein zu und sagte:

„Die menschliche Rede können die Hunde nicht verstehen. So können auch unsere Leute nicht verstehen, was ein Pound ist. Aber ich weiß, was ein Pound ist!“ Und Allet lachte triumphierend auf und zeigte seine weißen, festen Zähne.

„Nein, Allet!“ sagte der alte Waal kopfschüttelnd. „Du lachst zu Unrecht. Die Hunde verstehen des Menschen Rede. Nur sprechen wollen sie nicht mit ihm. So ist es, denke ich“, schloß der Alte ernst.

Allet sah ihn feindselig an: „Was sagst du da, Alter? Hast du vielleicht deinen Verstand im Zelt gelassen?“

Waal schwieg eine Weile, blinzelte und sagte belehrend: „Jeder Kopf, Allet, ist eine Quelle des Verstehens. Der Mensch und das Tier und sogar der kleine Vogel, alle haben sie ihren Verstand. Würden unsere Leute die Zähne Charlie Rotnase selbst verkaufen und nicht durch dich, dann wüßten sie auch, was ein Pound ist.“

„Weshalb nennst du ihn Rotnase? Oder weißt du nicht, daß er es nicht gern hat, wenn man ihn so nennt?“

„Man kann ja einen Rotfuchs nicht Weißfuchs nennen. Er hat ja nun mal eine rote Nase.“

1 Englisch: Pfund

Der Alte betrachtete die Unterhaltung als abgeschlossen, wandte sich um und ging mit vorsichtigen Schritten auf die Frauen zu. Die Baldaras näherten sich dem Ufer.

Allet sah dem Alten nach, spuckte auf den Schnee und ging zu den Jägern. Sie hatten die Walroßköpfe schon auf Hundeschlitten gepackt, sich selbst vorgespannt und zogen im Gänsemarsch auf Alletts Zelt zu.

Ohne die Bitten der ausgehungerten Menschen abzuwarten, rief Allet:

„Nehmt für jedes Zelt ein Stück Fleisch! Alle müssen essen. Die Baldarajäger bringen doch keins. Deshalb werde ich die Leute füttern.“ Und zu dem alten Waal gewandt, schrie er: „Und du sagst, die Jäger sollen selbst an den Amerikaner verkaufen! Sehen die Leute nicht, daß Hilfe von mir kommt? Wenn sie selber mit dem Amerikaner handeln, wird er sie betrügen. Mich aber betrügt er nicht.“

„Der Amerikaner ist dein alter Freund“, gab der Alte zu.

Die Leute nahmen große Stücke Fleisch auf den Rücken und gingen erfreut ihren Zelten zu. Alle waren fröhlich. Wie sollten sie auch nicht! Fleisch von der ersten Beute. Und die Jagd hatte eben erst begonnen.

„Halt!“ schrie Allet plötzlich. „Wartet mal! Werft das Fleisch ab! Wir müssen die Baldaras empfangen.“

Die Leute warfen das Fleisch folgsam ab und liefen zu Allet. Er war „Herr des Bodens“, „Herr des Lagers“, und die Leute waren es gewohnt, ihm widerspruchslos zu gehorchen. Seine Macht war an der ganzen Küste bekannt, und sein Ruhm war in die Tiefe der Tundra gedungen, wo die Rentierzüchter, die Tschautschen, lebten.

Die Boote, deren Segel aus alten Säcken genäht waren, kamen jetzt ans Ufer. Eines der Boote war bis an den Rand eingesunken.

Sechs luftgefüllte Blasen aus Seehundsfell klatschten wie plumpe Riesentaten eines sagenhaften Tieres auf das Wasser und hielten das Boot auf den Wellen. Die

pelzbekleideten Jäger saßen bis zum Gürtel im Wasser, das die Boote überschwemmt hatte, und ruderten ruhig und eifrig. Sie wollten sich dabei erwärmen und nicht eher ans Ufer geworfen werden, bevor nicht der Riemen herübergeschleudert worden war. Vier halbwüchsige Burschen stand am Wasser bereit, den vom Boot ausgeworfenen Riemen zu ergreifen.

Waamtscho, Waals Sohn, schleuderte dreimal den Riemen, ohne daß er das Ufer erreichte. Das Wasser reichte Waamtscho bis an die Knie. Er stand im Boot und rollte den Riemen rasch auf. Unter dem dünnen Boden brodelte das Meer. Der alte Waal wollte die Torbasse wieder ausziehen. Aber im gleichen Augenblick sprang Waamtscho auf den Bootsrand, schleuderte nochmals kräftig den Riemen herüber und erreichte diesmal das Ufer.

Der Alte wartete wieder den richtigen Augenblick ab und rief sein:

„To—o—gok!“

Die Baldaras lag auf dem Strand. Die nasen Jäger sprangen heraus. Durch die gepלטeten Boote floß das Wasser ab, und die Luftblasen hingen am Bootsrand herunter.

„Die Walroßhaut ist abgenutzt“, sagte der alte Waal seufzend. „Sie hätte in diesem Sommer gewechselt werden müssen, aber es war kein Leder da.“

Bald waren auch die übrigen Boote an Land gezogen. Allet hatte recht: Die Jäger hatten nur einige Seehunde erlegt. Die Walroßjagd hatte für die Baldarajäger mit einem Mißerfolg begonnen.

„Wenn Allet nicht wäre, hätten wir überhaupt kein frisches Fleisch gesehen“, sagte Tumatuge.

II

Narginaut, eine stattliche Frau, deren ganzes Gesicht tätowiert war, knüpfte geschäftig die nassen Riemen an den Torbassen ihres Mannes auf. Allet sah schweigend auf die Frau herunter und hielt ihr die Beine nacheinander hin.

Narginaut zog ihm die Torbasse und die Pelzstrümpfe aus, nahm ihm die fest anliegende Ueberhose aus Seehundsfell ab und steckte sie hinter den Deckenbalken.

1 Zauberer

„Nöte“ des Finanzamtes

Mannheim. Zu einem außergewöhnlichen Schritt sah sich das Finanzamt Mannheim gezwungen. Es lud die Mannheimer Landtagsabgeordneten, außerdem die Abgeordneten des württembergisch-badischen Finanz Ausschusses und die Presse ein, um die katastrophalen Raumverhältnisse, unter denen die Angestellten und Beamten des Finanzamtes arbeiten müssen, vorzudemonstrieren.

„Es soll ein Notschrei sein!“, sagte der Betriebsratsvorsitzende. „Wir können so nicht weiterarbeiten, ohne die Angestellten gesundheitlich zu gefährden.“ Tatsächlich fanden die Besichtigenden Verhältnisse vor, die in einem Privatbetrieb sicherlich schon längst das Eingreifen der Gewerkschaften zur Folge gehabt hätten.

Im Kassenraum, der keine direkte Luftzufuhr hat — er befindet sich im Keller geschloß und hat nur Fenster nach den Gängen des Erdgeschosses —, war bei der Besichtigung ein dichtes Gewoge und Gedränge. Die Beamten sitzen hinter Rampen, dicht an dicht.

In den anderen Räumen ist es nicht viel besser. Das Publikum muß meist stundenlang vor den Türen warten, für die Arbeiter, die ihren Jahresausgleich wollen oder Steuerrückzahlungen, ein unrentables Unternehmen, da sie fast mehr Arbeitsstunden versäumen, als die Sache wert ist. Die Bauarbeiten an den im Schloß geplanten neuen Räumen stocken, weil die Finanzierung seitens des Staates stecken geblieben ist. Die geladenen Landtagsabgeordneten sollen helfen. Sie versprechen, ihr Möglichstes zu tun.

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Am Montag, 17. April, findet in der Konzertplatzmiete und bei freiem Kartenverkauf das Siebente Symphoniekonzert der Badischen Staatskapelle unter der Stabführung von Generalmusikdirektor Otto Matzerath statt. Der Solist des Abends ist Carl Seemann (Klavier).

Badischer Kunstverein

Karlsruhe. Der Badische Kunstverein Karlsruhe, Waldstraße 3, zeigt ab Mittwoch, 12. April, eine Kollektion neuerer graphischer Blätter des in New York lebenden deutschen Malers Josef Scharl. Die Ausstellung der Arbeiten von Archipenko, Marcqs, Mataré, Müller-Landau und Graf wird am Sonntag, 16. April, geschlossen. Öffnungszeiten des Kunstvereins: täglich von 10 bis 17 Uhr, sonntags von 11 bis 13 Uhr.

Will-Sohl-Ausstellung in Heidelberg eröffnet

Heidelberg. (Iwb) Im Kurpfälzischen Museum in Heidelberg ist am Donnerstag eine Ausstellung mit Werken des in Heidelberg-Ziegelhausen lebenden Malers Will Sohl eröffnet worden. Es sind Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen aus der jüngsten Schaffensperiode des Künstlers ausgestellt. Seine Landschaftsmotive suchte und fand Sohl vornehmlich auf der Nordseeinsel Sylt. Der Künstler ist durch Ausstellungen in verschiedenen deutschen Städten, unter anderem in Hamburg und Düsseldorf, bekannt geworden. Die Ausstellung in Heidelberg wird bis zum 30. April geöffnet sein.

2 Jahre und 3 Monate Gefängnis für Schwarzhandel mit Zigaretten

Heidelberg. (Iwb) Ein Militärgericht in Mannheim verurteilte am Dienstag einen früheren amerikanischen Zivilangestellten des US-Verpflegungslagers in Heidelberg wegen illegalen Handels mit amerikanischen Zigaretten und Zigaretten-Coupons zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten will gegen das Urteil Berufung einlegen. Da der Angeklagte die vom Gericht festgesetzte Kautionssumme nicht aufbringen konnte, wird er im Mannheimer Militärgefängnis weiter in Haft gehalten.

Heftige Schlägerei unter DPs

Neu-Ulm. (Iwb) Nachdem bereits am Ostersonntag in dem mit Ausländern belegten Grenzgängerlager Offenhausen bei Neu-Ulm eine heftige Schlägerei ausgebrochen war, die durch Polizei beigelegt werden mußte, kam es auch am zweiten Ostertag zu größeren Tätlichkeiten, in deren Verlauf zwei Ausländer niedergeschlagen und verletzt wurden. An den beiden Tagen wurden außerdem mehrere Personen, teilweise wegen verbotenen Waffenbesitzes, festgenommen.

In Mannheim soll ein Spielfilm

Mannheim. (Iwb) Die in München-Gieselsberg ansässige „Pfeiffer-Film-Produktion“ will am 15. Mai in Mannheim mit den Dreharbeiten für einen Reportage-Spielfilm beginnen, in dem unter anderem das Problem der Jugendkriminalität behandelt werden soll. Bei einer Motivsuche wurde in der Stadt festgestellt, daß Mannheim zahlreiche fotografisch interessante Perspektiven bietet. Neben verschiedenen Spitzenschauspielern sollen auch in Mannheim ansässige Künstler bei den Aufnahmen mitwirken.

Einbahnstraßen

Mannheim. In den nächsten Tagen wird die durch die Kriegsverhältnisse vernichtete Schilderung der Kunststraße und der Pfälzer Straße (sogenannte Freßgasse) als Einbahnstraßen wieder durchgeführt.

Hiernach gilt die Kunststraße als Einbahnstraße von der Breiten Straße bis Kaiserring und die Pfälzer Straße als Einbahnstraße von Friedrichsring bis zur Breiten Straße. Gleichzeitig wird für diese beiden Straßen jeweils auf der in ihrer Fahrtrichtung links liegenden Fahrbahnseite Parkverbot angeordnet.

Diese Anordnung gilt für sämtliche Fahrzeuge einschl. Fahrräder. Städt. Amt für öffentl. Ordnung — Abt. III

Lebhafte Debatte im Karlsruher Stadtrat

Enteignung der Kleingärtner — Speiseeissteuer eingeführt — Theaterzuschuß und Spielplan

Karlsruhe. Ueber die Gewährung eines Restzuschusses für das Badische Staatstheater kam es am Dienstag bei der öffentlichen Stadtratssitzung zu lebhaften Debatten. Fast sämtliche Sprecher stellten fest, daß sie ihre Zustimmung nur deshalb erteilten, weil es auf Grund des zwischen dem Staat und der Stadt bestehenden Vertrages keine andere Möglichkeit gebe.

Stadtrat Dietz (KPD) griff in scharfer Form die Verwaltungs-Intendanz des Theaters an, der vor allem die Schuld an dem finanziellen Dilemma zukomme. Es sei sehr billig und in keiner Weise stichhaltig, wenn der Intendant von einer „Dichterkrise“ spreche, um seinen Spielplan schmuckhaft zu machen. Sämtliche fortschrittlichen Dichter, von denen es eine ganze Reihe gebe — dies könne auch dem Herrn Intendanten nicht unbekannt sein — würden dabei geflissentlich übergangen. Namens seiner Fraktion müsse er jede weitere Zustimmung zu derartigen Zuschüssen von einer besseren Spielplangestaltung, in der endlich auch Autoren wie Bert Brecht u. a. m. berücksichtigt würden, abhängig machen. „Unser Theater spielt nicht für das Volk, sondern nur für eine gewisse begüterte Schicht.“ Zum Schluß stellte Stadtrat Dietz in Aussicht, daß man von seinen Kommunisten in Uebereinstimmung mit anderen Fraktionen für eine Vertragslösung mit dem Intendanten eintreten werde.

Stadtrat Walter (SPD) machte es dem Intendanten u. a. zum Vorwurf, daß dieser sich unter dem Motte „Einsparungen“ eifrig bemühe, seinen gesamten Freundeskreis aus Ostdeutschland beim hiesigen Theater unterzubringen. Selbst die Souffleuse sei von „drüben“ bemerkte er. Im Versuch einer Ehrenrettung für den Intendanten

meinte Oberbürgermeister Töpper, daß jeder Intendant bemüht sei, möglichst viele „tragende Kräfte“ aus seinem früheren Wirkungsbereich heranzuziehen. Allgem. meine Heiterkeit erregte der Zwischenruf von Stadtrat Dietz: „Gibt es auch tragende Souffleusen?“ Im übrigen vertrat der OB die Ansicht, daß sich der Intendant „bedrückliche Mühe“ gebe.

Gegen 10 Stimmen wurde danach eine Gemeindefassung über die Erhebung einer Speiseeis-Abgabe, ähnlich wie es schon in anderen Städten durchgeführt wurde, beschlossen. Stadtrat Heid griff als Sprecher der Kommunisten diese neue Steuer, mit Hilfe derer man aus der Bevölkerung jährlich 120 000 DM herauszupressen gedenkt, scharf an. Es sei irrig, zu glauben, daß dieser „Zehnte“ vom Produzenten getragen werde, denn auch hierbei werde Verbraucher derjenige sein, der tatsächlich diese Steuer zahle, sei es nun, daß die Eisportionen kleiner, oder die Qualität schlechter werde.

Zum Zwecke der Erschließung von Gelände für die von unserer Stadtverwaltung so eifrig, wenn auch ohne sichtbaren Erfolg, geförderte Industrieansiedlung bemühte sich Beigeordneter Dr. Ball um die Zustimmung des Stadtrats. Es handelt sich dabei um ein im Besitz der Domänenverwaltung befindliches Kleingarten-Gebiet an der Gerwigstraße, das zur Industrialisierung der Stadt zur Verfügung gestellt werden soll. Während Stadtrat Zwecker (SPD) an das „Wohlwollen“ der Stadtverwaltung appellierte und ziemlich kleinlaut ersuchte, die Härte zu vermeiden, erklärte Stadtrat Riedinger (KPD): „Auch wir haben Verständnis für eine Heranziehung von Industrieunternehmen.“ Es gehe aber nicht an,

daß man diesen Leuten, die zu 70 Prozent kleine Pensionäre und Sozialrentner seien, irgend eines Phantoms wegen, ihre Gärten, welche teilweise schon seit 30 Jahren mit viel Liebe gehegt und gepflegt würden, künde. Zudem stehe das vorgesehene Ersatzgelände bei Rintheim und an der Autobahn in keinem Verhältnis zu den freizumachenden, welches seinerzeit den Leuten der Domäne als Dauergartengelände in Aussicht gestellt worden sei. Auch Stadtrat

Jeder junge Deutsche fährt zum Deutschlandtreffen

rat Dietz bestritt die Eignung dieses Geländes für Industrieniederlassungen. Tausende von Quadratmetern wertvollerer Gebiete stehe am Rheinhafen zur Verfügung, wenn man es endlich verkehrstechnisch erschließe. Beide Sprecher versuchten eindringlich auf den unersetzlichen materiellen wie ideellen Wert der Kleingärten für deren Besitzer hin.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger anderer Stadträte wurde die Vorlage der Stadtverwaltung schließlich angenommen.

Unsoziale Steuerquellen wurden abgelehnt

Öffentliche Stadtratssitzung in Weinheim

Weinheim. Am Mittwoch fand in Weinheim die erste Sitzung des Stadtrats im neuen Rechnungsjahr statt. Eingangs befaßte sich Oberbürgermeister Engelbrecht mit der Gestaltung des neuen Haushaltsplanes. Da ihm dieser allerhand Bauchweh bereitet, mußte er wörtlich feststellen: „Wir werden einem sehr schweren Haushaltsjahr entgegengehen.“ Vor allen Dingen müsse mit allergrößter Sparsamkeit gewirtschaftet werden.

Auch das Bundesbauprogramm, das 2,5 Milliarden DM für Wohnungsbauten vorsieht, habe einen Haken, gab er wohl oder übel zu. Er kam dabei auf die mit dem Wohnungsbau verbundenen Kosten für Straßenaufbau, Kanalisation usw. zu sprechen, die ungefähr eine halbe Milliarde bis 750

Jeder Deutsche

der seine Unterschrift für den Frieden gibt, leistet damit einen Beitrag gegen die Pläne der Kriegstreiber, gegen die Drohung, unsere Heimat und unsere Nation in einem dritten Weltkrieg der Vernichtung preiszugeben.

Jeder Deutsche

der seine Unterschrift für den Frieden gibt, leistet aber auch damit einen Beitrag für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für die Sicherung der Existenz unseres Volkes und für ein friedliches und glückliches Leben.

Millionen erfordern würden. Da es unmöglich sei, die für Weinheim anfallenden Summen laufenden Mitteln zu entnehmen, würde man sich gezwungen sehen, Darlehen in Anspruch zu nehmen. Es ist bemerkenswert, daß der Busenfreund des Großindustriellen Freudenberg, wenn auch noch ängstlich, so doch irgendwie zugeben muß, daß die westdeutsche Katastrophopolitik natürlich auch

Quer durch den Sport

Mühlburg — ASV Durlach 5:1. Im einzigen Fußballspiel, das über die Osterfeiertage in Karlsruhe stattfand, besiegte am Montag der VfB Mühlburg den ASV Durlach mit 5:1 Toren. Die Mühlburger Mannschaft, erstmals wieder mit Hauer, aber ohne die beiden Fischer, zeigte das reifere Können und war auch in taktischer Hinsicht ihrem Gegner klar überlegen. Ohne sich voll einzusetzen, erspielte sich der VfB bereits vor dem Wechsel eine leichte Überlegenheit und kam in diesem Abschnitt durch einen schön getretenen Freistoß von Dannenmeier und zwei Bechtelschüssen zu drei Toren. Beim Stand von 2:0 erzielte Ullaga in der 32. Minute den einzigen Gegentreffer, wobei sich der Mühlburger Torhüter ohne Verschulden des Gegners verletzte. In der zweiten Hälfte änderte sich das Gesamtbild kaum und die technisch klar überlegenen Mühlburger erhöhten bei weitaus mehr Chancen durch Rastetter und ein Eigentor der Durlacher auf 5:1. Schiedsrichter Lenart, Karlsruhe, leitete sicher.

TSV Rot — Frischau Göppingen 6:10. In seinem zweiten Heimspiel um die süddeutsche Handballmeisterschaft unterlag der TSV Rot dem württembergischen Meister Frischau Göppingen mit 6:10 Toren. In der ersten Halbzeit wollte es bei den Gastgebern überhaupt nicht klappen, so daß die Seiten mit 9:1 für Göppingen gewechselt wurden. Für Göppingen schossen B. Kempa (5), A. Kempa (2), Bauer und Mies die Tore, während für Rot A. Vetter beim Stand von 7:0 erfolgreich war. Nach dem Wechsel kam Rot kurz hintereinander durch Tore von W. Weiß, A. Vetter und L. Weiß (2) auf 9:5 heran. Das torreiche, fair verlaufene Spiel beschlossen Dr. Schwender mit dem 10. Treffer der Gäste und A. Vetter mit einem wichtigen Strafwurf für den Badenmeister.

Der deutsche Schwimmverband tagte. Bernhard Baier (Hannover) wurde zum neuen 1. Vorsitzenden des deutschen Schwimmverbandes gewählt. Die neuen Satzungen des Verbandes sind weitgehend den internationalen Bestimmungen der Fina angelehnt worden. In den neuen Wettkampfbestimmungen ist die Einführung

Aus dem Parteilieben

Veranstaltungen der KPD Mannheim. Weinheim. Kassierer-Konferenz für das Arbeitsgebiet Weinheim. Am Sonntag, 16. April, vorm. 10 Uhr, im alten Rathaus.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe. Karlsruhe-Mühlburg. Mitgliederversammlung, Freitag, 14. 4. 1950 in der Brunnenstube um 20 Uhr.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg. Eberbach. Freitag, 14. 4., 20 Uhr, in der „Rose“ Mitgliederversammlung. Ziegelhausen. Freitag, 14. 4., 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Neckargemünd. Die auf Freitag angekündigte Mitglieder-Versammlung findet am Samstag, 15. April, um 20 Uhr, im „Schiff“ statt.

Nußloch. Freitag, 14. 4., 20 Uhr, im „Engel“ Mitgliederversammlung.

Öffentliche Versammlung. Schönau. Sonntag, 16. 4., um 16 Uhr, in der „Traube“.

Thema: „Der Kampf um den Frieden“. Es spricht: H. Hoile. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen!

auf das großangelegte Bundesbauprogramm abfärben muß.

Während seiner Ausführungen machte Engelbrecht weiterhin Anspielungen auf zwei Steuervorlagen, die auf der vorliegenden Tagesordnung stehen, und versuchte die Notwendigkeit, alle Quellen zu erschöpfen, zu erklären. Nebenbei meinte er, es sei der Stadtverwaltung höchst unangenehm, die Bevölkerung mit weiteren Steuern zu belasten.

Zur Frage des Personals gab er bekannt, daß von einer großzügigen Behandlung bezüglich Anträge auf Gehaltserhöhung, Neueinstellungen usw. keine Rede sein kann. Der Oberbürgermeister schloß mit der Hoffnung, daß sich Weinheim im kommenden Haushaltsjahr über Wasser halten könne.

Während der weiteren Sitzung, die sich auch mit der Bautätigkeit in Weinheim befaßte, wurde darauf verwiesen, daß keine unberechtigten Hoffnungen aufkommen dürften, denn in Weinheim gäbe es immer noch 1100 Wohnungssuchende.

Eine nahezu einstündige heftige Debatte löste der heikle Punkt der Feuerschutzabgabe aus. Auch hierbei rührte Engelbrecht fleißig die Werbetrommel und argumentierte dahingehend, daß die aus der Abgabe jährlich zu erwartenden 28 000 DM unbedingt zur Deckung der größten Bedürfnisse der Feuerwehr aufgebracht werden müßten. Der Antrag zur Erhebung einer Feuerschutzabgabe wurde dann mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Auch die unsoziale Speiseeissteuer versuchte Engelbrecht als notwendig hinzustellen. Er berief sich dabei auf die unbefriedigte Erfüllung des Haushaltsplanes. Doch ließ sich die Mehrheit des Stadtrates von den schönen Worten ihres Oberbürgermeisters wenig beeindrucken und stimmte in folgendem Verhältnis gegen die Speiseeissteuer: SPD und KPD geschlossen gegen CDU und DVP für, während sich die Wählervereinigungen unentschieden aufsplitterte. Abschließend bat Stadtrat Rupertus (KPD) um rasche Hilfe für die beim Brand am Stahlbad betroffene Familie.

Verträge für Walcott — ten Hoff in Ordnung

Die Mannheimer Veranstalter des für den siebenten Mai in Mannheim geplanten Schwergewichts-Boxkampfes zwischen dem Amerikaner Joe Walcott und Hein ten Hoff legten am Freitag dem Präsidenten des Bundes deutscher Berufsboxer die Verträge zur Einsichtnahme vor. Doering erklärte, daß die Schriftstücke zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gäben.

Rux — Kleinwächter am 7. Mai

Die deutsche Halbschwergewichtsmehrschicht zwischen Conny Rux (Berlin) und seinem Herausforderer Herbert Kleinwächter (Bad Sachsa) wird nunmehr endgültig am 7. Mai in der Berliner Waldbühne entschieden.

Kleine Sportnachrichten

Die südafrikanische Sprinterin Daphne Robb stufte in den südafrikanischen Leichtathletikmeisterschaften in Kimberley mit 10,8 Sekunden den offiziellen Weltrekord über 100 Yards ein. Der Weltrekord wird gemeinsam von der Holländerin Fanny Blankers-Koen und Marjorie Jackson (Australien) gehalten.

Das Fußball-Repräsentativspiel West-Norddeutschland kommt nun endgültig am 14. Mai in Köln zum Austrag.

Zeitersparnis das Gebot mit dem flinken Rad von Schroth

Nur 5 DM Wochenrate

Kaiserpassage und Kaiserallee 51 a

Gib noch heute Deine Unterschrift für den Frieden!

### Oster-Nachklang

Am Samstag vor Ostern machte ich einen Besuch. Ich war bei Maria, die eine Arbeiterin ist und selber im Betriebe arbeitet. Ihr Alter tut nichts zur Sache.

Aus beruflichen Gründen lese ich regelmäßig „Die Welt“, die britisch kontrollierte Tageszeitung. Ich hatte die neueste Nummer am Zeitungstand gekauft, hielt sie noch in der Hand, als ich ins Zimmer trat und legte sie auf den Tisch.

Maria betrachtet auf der ersten Seite rechts oben das große Bild. Sie sieht hohe Fabrikschornsteine aus denen kein Rauch quillt, und ganz rechts einen Förderturm in völliger Ruhe. Keine Menschen. Im Vordergrund des Bildes, fast über die ganze obere Hälfte sich hinziehend, mit Blüten bedeckte Äste eines Baumes, der selbst nicht sichtbar ist.

Maria liest die Unterschrift: „Feierliche Stille liegt über Schutthalten, Förderfüren und Essen der Fabriken. Die Blütenzweige verkünden den Einzug des Lenzes auch in den Zechen umsäumten Industriestädten.“

Maria wirft die Zeitung empört auf den Tisch:

„Das ist eine Verhöhnung!“  
„Vollkommen richtig, das ist eine Verhöhnung. Aber sag mir noch, weshalb das eine Verhöhnung ist.“

„Wo sie doch alles demontieren.“

Und Maria denkt an die Zerstörung der Arbeitsstätten in Watenstedt-Salzgitter, an die Demontagen bei den Krupp-Werken in Essen und in der August-Thyssen-Hütte und an die Sprengung von Dock- und Werftanlagen in Hamburg und Kiel.

Wieder bestatige ich ihr, daß sie richtig erkannt hat, worum es sich handelt.

„Das muß in die Zeitung“, ruft Maria aus.

„Auch darin bin ich mit Dir einer Meinung.“

Gesagt, getan. Das heißt, aufgeschrieben hab' ich's. Vielleicht wird's auch gedruckt und findet seine Leser und löst, ähnlich wie bei Maria, Empörung und Kampfeslosheit gegen die aus, die den Demontagen seelenruhig zusehen und uns obendrein verhöhnern.

Paul Berger.

## „Iwan der Schreckliche“ vor seinen Richtern

### Prozeß gegen die SS-Bestien Schaaß, Sandhausen und Brendel aus Plankstadt eröffnet

Mannheim. Gestern vormittag begann vor der Großen Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Silberstein unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit, der Luxemburger Presse, ferner Vertretern der Luxemburger Behörden, der Prozeß gegen den ehemaligen Hauptscharführer der SS Georg Michael Schaaß aus Sandhausen bei Heidelberg, und den ehemaligen Unterscharführer Josef Brendel aus Plankstadt, beide angeklagt der erschweren Körperverletzung (z.T. mit Todesfolge) in vielen Fällen. Schaaß war Führer der Strafkolonie und „Erzieher“ im SS-Sonderlager Hintert (bei Trier, unweit der luxemburgischen Grenze). Brendel fungierte dort als „Hilfsarzt“ und Revieraufseher. Dieser Prozeß enthält die schrecklichen Vorgänge in diesem Konzentrationslager welches durchschnittlich 800 bis 1000 Häftlinge beherbergte und ein Durchgangslager war, dessen unglückliche Insassen sich in der Hauptsache aus Luxemburgern und Franzosen, aber auch aus Polen, Italienern, Holländern und Russen rekrutierte. Zwei Komplizen dieser SS-Bestien, der Kapo Wipf wurde vom kantonalen Bundesgericht der Schweiz bereits zu lebenslänglichem Zuchthaus, ein anderer durch das französische Militärgericht in Rastatt unlängst zum Tode verurteilt. Nicht weniger als 37 Zeugen, luxemburgische Widerstandskämpfer und auch ehemalige deutsche Häftlinge sind geladen.

Das größere Schuldkonto von den beiden trägt der Unmensch Schaaß, der 1939 als „Erzieher“ in dieses Lager kam und ein beispielloses Schreckensregiment führte. „Das ist kein Mensch, sondern eine Bestie“, charakterisierten ihn die Zeugen. Bezeichnenderweise führte Schaaß im Lager den Spitznamen „Hyäne“ und „Iwan der Schreckliche“. Augenzeugen überführten diesen Schurken, der eine wahre Galgenphysiognomie hat, im Gerichtssaal, daß er einen polnischen Jungen von 18 Jahren in Badewannen der Regierbaracke so lange vom eiskalten ins heiße Wasser und umgekehrt legen ließ, bis der Tod durch Herzlähmung eintrat, daß er ferner „Untersuchungen“ anstellte, bei welchen er Häftlinge mit einem Rohrstockchen auf die

Geschlechtsteile schlug, daß er den kommunistischen Funktionär Wingert, der sich seiner Mißhandlung widersetzte, mit dem stumpfen Teil der Axt so bearbeitete, daß sogar der Gestapo-Kommissar Schmitt dazuschienrat, und andere Scheußlichkeiten, die sich nicht wiedergeben lassen.

Schaaß ist außerdem dringend verdächtig, im Lager Hintert einen russischen Staatsangehörigen durch Genickschuß ermordet zu haben, weswegen er sich noch in einem Sonderverfahren zu verantworten haben wird.

Der „Revier-Sanitäter“ Brendel, ein notorischer Säufler, veranstaltete „Gesundheitsappelle“, bei welchen er den Häftlingen die Schamhaare mit scharfem Rasiermesser entfernen und die entblößten Genitalien sodann mit Chrysol einreiben ließ. Brendel wittert darin eine Chance, daß er den Einfalligen spielt und außerdem sich zu Teilgeständen bequem, Schaaß hingegen kann sich an nichts erinnern und hat nur hin und wieder einem Häftling einen „Stumper“ gegeben.

„Es sind die typischen Vorkommnisse, ich

habe davon nicht nur Aktenkenntnis. Schaaß es ist eine Sekunde vor Zwölf.“ ermahnt ihn der Vorsitzende, der selbst KZ-Häftling in Buchenwald war. „Ich weiß von nix, Herr Präsident“, erwiderte Schaaß. „Sie sind gemein, niederträchtig und feige.“ charakterisiert den Verbrecher der Landgerichtspräsident. Die Vernehmung des Zeugen Fischbach Luxemburg, und des deutschen Ingenieurs Gregorius bringt eine dramatische Auseinandersetzung zwischen diesen Zeugen und den Angeklagten. „Du kennst mich nicht, Du Schweinehund.“ sagt Fischbach, „ich war doch der erste Mann im dritten Glied in Deiner Kolonne.“ Schaaß hat das Gedächtnis verloren. Brendel schüttete dem Zeugen Gregorius zwei Kannen kochendheißes Kaffee ins Gesicht, nur weil sich dieser erlaubte, Brendel darauf aufmerksam zu machen, daß seine Kameraden in seiner Baracke infolge des Hungers, der Kälte und der Ueberarbeit an schwerem Durchfall litten. (Die Verhandlung, die bis in die späten Abendstunden andauerte, wird morgen mit der weiteren Zeugenvernehmung fortgesetzt.)

### Immer noch 55 Häuser in Weinheim beschlagnahmt

Weinheim. Augenblicklich sind hier noch 55 Häuser von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Zur Zeit besteht keinerlei Aussicht auf Räumung der beschlagnahmten Wohnungen, obwohl man in Weinheim mit gewissen Hoffnungen und einem Seitenblick auf amerikanische Neubauten in Heidelberg fälschlich spekuliert.

Durch die Beschlagnahme nicht nur der Häuser, sondern auch des gesamten Mobiliars der Familien in 161 Haushaltungen in Weinheim entstehen für die Betroffenen schwerste wirtschaftliche Sorgen, die sich in vielen Fällen z. B. durch Entzug von Mietinkünften auswirken, die zuvor dringend zur Unterhaltsbestreitung bedürftiger Familien notwendig waren. Der den Eigentümern der Häuser entstehende Schaden wird durch die auffallend geringe Vergütung durch das Besatzungskostenamt nicht im entferntesten gedeckt.

### Das Deutschlandtreffen wird das Treffen der gesamten deutschen Jugend sein!

Selbstverständlich werden durch amerikanische Neubauten in Heidelberg beschlagnahmte Wohnungen frei. Aber nur in Heidelberg, da dort eine noch erheblichere Wohnungsnot als in Weinheim herrscht. Auf jeden Fall wird es auch in Weinheim solange Besatzungsorgan geben, wie die amerikanische Besatzung überhaupt noch in unserem Land bleibt. Wenn es auch im günstigsten Falle eines Tages keine beschlagnahmten Häuser mehr sind, dann sind es immer noch die ungeheuren Besatzungskosten, die nach wie vor auf jedem Einwohner lasten. Darum erhebt auch in Weinheim die Forderung nach dem Abzug aller Besatzungstruppen.

Trümmerverwertung. Nachdem die Beschaffung von Baumaterialien, Baustoffen usw. auf normalen Wege seit längerer Zeit wieder möglich ist, werden hiermit die von der Stadtverwaltung oder von städt. Ämtern erteilten Genehmigungen zur Entnahme von Baumaterialien und Baustoffen aus stadteigenen und fremden Ruinengrundstücken zurückgezogen und die ausgestellten Bescheinigungen, Entnahmescheine usw. mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jede Entnahme aus nichteigenen Ruinengrundstücken strafrechtlich verfolgt wird.

Der Oberbürgermeister — Referat VII —

### Freiheit den 7 Patrioten!

Am 29. März wurden vor dem britischen Militärgericht in Hannover 7 junge Deutsche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen, weil sie gegen die Verurteilung von zwei aufrechten Deutschen, die sich gegen die Demontage der Friedensindustrie in Watenstedt-Salzgitter wandten, und sich damit für die Erhaltung der Existenzgrundlage von 120 000 Menschen eingesetzt haben, protestierten.

Dieses Schandurteil von Hannover steht im engsten Zusammenhang mit den Versuchen, die westdeutsche Jugend durch Drohungen, Verbreitung von Gerüchten und üblen Lügen und durch Terrormaßnahmen gegen Jugendliche, die am Deutschlandtreffen teilnehmen wollen, von der Fahrt nach Berlin abzuhalten.

Immer häufiger werden die Nachrichten von Unterdrückung und Gewaltanwendung

gegen freirechtliche Deutsche im Westen unserer Heimat. Ganz besonders betroffen von diesem wachsenden Druck ist die friedliche Jugend, die schon immer am aufrichtigsten und entschlossensten für die Erhaltung der Freiheit eingetreten ist.

Die Verhaftung der sieben jungen Menschen in Hannover, die Verhaftungen zahlreicher weiterer Jugendlicher in ganz Westdeutschland, zu einer Zeit, in der Gestapo-Mörder freigesprochen werden, zeigen jedem aufgeschlossenen, ehrlichen jungen Menschen, daß die heutige Entwicklung Westdeutschlands sich in nichts von der Entwicklung zum Hitler-Faschismus und dessen Terrormaßnahmen unterscheidet.

Junge Deutsche!

Wir müssen mit ganzer Kraft dieser furchtbaren Entwicklung entgegenreten! Kämpft gemeinsam für eine unbehinderte Teilnahme am großen Deutschlandtreffen der Jugend an Pfingsten in Berlin!

Vorwärts für nationale Unabhängigkeit, Einheit und einen dauernden Frieden!

Freiheit den sieben jungen Patrioten!

Landesausschuß Württemberg-Baden für das Deutschlandtreffen

## Wie kam es zu den Straßenbahnunfällen?

### Der Unfall vom 29. November 1949 vor Gericht — Nur 12 Tage Ausbildung für Wagenführer

Die Bevölkerung Mannheims wurde um die Jahreswende durch zwei an der gleichen Stelle, in der scharfen Kurve am Ende der Schimperstraße, verursachte Straßenbahnunfälle in Unruhe versetzt. Das spätere Unglück am 27. Januar 1950 forderte sieben Todesopfer. Das erste Unglück am 29. November 1949, bei dem es eine Anzahl von Verletzten gab, war Gegenstand einer am gestrigen Donnerstag begonnenen zweitägigen Verhandlung vor dem Mannheimer Amtsgericht.

Mannheim. Die beiden Straßenbahnunglücke, welche sich in kurzer Reihenfolge in der Karl-Benz-Straße ereigneten, haben natürlicherweise große Unruhe in der Mannheimer Bevölkerung hervorgerufen. Das erstere weniger folgenschwere Unglück fand jetzt sein Nachspiel vor Gericht.

Angeklagt wegen fahrlässiger Transportgefährdung stand vor dem Mannheimer Amtsgericht der Straßenbahn-Wagenführer Hugo Wischniewski von der Mannheimer Ludwigshafener Straßenbahn. Der Anklage zugrunde lag der Unfall am 29. November 1949, bei dem ein Wagen der Linie 3 in der Kurve Schimperstraße-Karl-Benz-Straße entgleiste, wobei eine Anzahl Personen verletzt wurden. Nicht angeklagt war die Straßenbahn-Direktion, obgleich die Beweisaufnahme ergab, daß sie die in Wahrheit verantwortliche Stelle für diesen und auch den weit schwereren Unfall an der gleichen Stelle im Januar 1950 war.

Der jetzt 50 Jahre alte Straßenbahn-Wagenführer Hugo Wischniewski kam 1946 zur Mannheimer Straßenbahn, nachdem er vorher von seinem 15. Lebensjahre ab bis zum zweiten Weltkrieg im Tiefbau als Hilfsarbeiter und Vorarbeiter beschäftigt gewesen war. Nach sechs Monaten Betätigung als Straßenbahnschaffner machte W. vom 9. bis 25. September 1946 einen Fahrausbildungskurs mit, der aus sechs Tagen theoretischem und praktischem Unterricht und sechs Tagen Fahrprüfung bestand. Diese Prüfung muß nicht ganz zur Zufriedenheit ausgefallen sein, denn in den Personalakten W's. befindet sich ein weiterer Prüfungsbericht vom 21. Oktober 1946 über eine erfolgte Wiederholung der Prüfung.

W. machte den Eindruck eines besonnenen und nicht zu leicht aus der Ruhe zu bringenden Menschen. Das trat bei der vom Amtsgerichtsrat Gebbauer vorgenommenen gründlichen Prüfung Wischniewski auf seine beruflichen Kenntnisse hin klar zu Tage. Es wurde dabei ermittelt, daß die ziemlich umfangreiche Fahrvorschrift beim Kurs zwar auszugsweise vorgelegt wurde, daß die Prüflinge aber die ihnen während des Kurses ausgehändigte Fahrvorschrift nach dem Kurs wieder abliefern mußten, weil sie infolge Fliegerbeschaden nicht in genügender Anzahl vorhanden war. Es wurde ferner ermittelt, daß die Ausbildung der Straßenbahnfahrer wegen Personalmangel und unter dem Druck der Verhältnisse sowohl der Dauer als auch der Gründlichkeit nicht ausreichend gewesen ist. Amtsgerichtsrat Gebbauer zog nach der Aussage des Zeugen, Oberfahrmeister Kastner, der Wischniewski ausgebildet hat, selbst den zwingenden Schluß: „Das ist unmöglich. Jede Ausbildung erfordert eine bestimmte Mindestzeit. Man kann das nicht in so kurzer Zeit erfassen.“ Ebenso ist es unmöglich, daß selbst ein hochintelligenter Mensch den Inhalt einer 86 Seiten starken und 81 Paragraphen umfassenden Fahrvorschrift beherrschen kann, wenn sie ihm nur während der sechs Tage dauernden theoretischen Ausbildung zur Verfügung stand.

Trotz aller dieser erwiesenen Tatsachen, trotz der Wiederholung der Prüfung ein Monat später, und trotz dem Eingeständnis, daß die Wagenführer die ihnen nur während der kurzen Ausbildungszeit übergebene Fahrvorschrift wieder abliefern mußten, mußte Wischniewski nach beendigem erstem Kurs am 26. September 1946 ein Prüfungsergebnis unterschreiben, in dem festgestellt und von ihm bescheinigt wurde: „Ich bescheinige, daß ich die Fahrordnung erhalten habe, über sämtliche Bestimmungen unterrichtet bin und mir sämt-

liche technischen Kenntnisse erworben habe.“

Dieses Protokoll mußte W. am 26. September 1946 unterschreiben, obgleich er die Fahrvorschrift nicht erhalten hatte, und obgleich seine Ausbildung damals nicht befriedigt hatte, wie ja die Wiederholung des Kurses bzw. die Prüfung bestätigte. Trotzdem wurde W. bereits nach Abschluß des ersten Kurses am 26. September 1946 „mit sofortiger Wirkung“ als Wagenführer eingestellt. Die Feststellung des Amtsgerichtsrats Gebbauer, daß es ein Unding ist, W. ein solches Schriftstück unterschreiben zu lassen, wäre nichts hinzuzufügen. Ebenso kann man seiner Bemängelung, warum den Wagenführern nicht wenigstens ein Auszug der Fahrordnung zugestellt wurde, nur zustimmen. Die Direktion hat das zwar getan, aber erst Jahre später — nach dem zweiten Unfall mit Todesfolge an der gleichen Stelle. Ebenso wurden erst nach diesem zweiten Unfall die bis dahin geltenden Bremsvorschriften abgeändert, angeblich weil die Verhältnisse sich geändert hätten.

Wischniewski schilderte den Vorfall so: Er habe bei einer Fahrgeschwindigkeit von etwa 27 km in der Schimperstraße 50 Meter vor der Kurve zuerst die Handbremse betätigt und darauf die elektrische Betriebsbremse mit ungefähr mittlerer Bremsstufe. Als die

elektrische Bremse versagte, habe er die Handbremse losgelassen, die elektrische Bremse auf die Null-Stellung zurückgeführt und dann mehrfach hintereinander die elektrische Bremse als Notbremse geschaltet und den Sandstreuer verwendet. Infolge Versagens der Bremsmittel sei der Unfall passiert.

Die Geschwindigkeit des Wagens in der Schimperstraße, zumal bei der Annäherung der Kurve und die Betätigung der Bremsen durch den Fahrer waren die entscheidenden Punkte der Beweisaufnahme. Die Zeugenaussagen gingen schon bei der Beurteilung der Geschwindigkeit des Wagens in der Schimperstraße weit auseinander von „normal“ bis „zu schnell“. Nur darin stimmten die Zeugen überein, daß sie von einem Bremsen vor der Kurve nichts bemerkt hatten.

Das Versagen bzw. die Möglichkeit einer Unzuverlässigkeit der elektrischen Bremse war das Kernproblem hinsichtlich der technischen Seite der Unfallsursachen. Hierbei war nun die Aussage des Zeugen Ingenieur Stephan von Bedeutung. Stephan betonte, daß die Bremswirkung bei der elektrischen Bremse nicht abhängig sei von der Stellung des Schalthebels, sondern von der Wucht des Wagens auf Grund seiner Belastung. Auch eine Blockierung der Räder sei möglich und bei blockierten Rädern wirkt die elektrische Bremse nicht.

Die Verhandlung mußte in den Abendstunden abgebrochen werden, da sich die Vernehmung eines wichtigen Zeugen im Krankenhaus als notwendig erwies. Wir werden morgen über die Fortsetzung weiter berichten.

## Der Karlsruher Stadtrat muß einen unsozialen Beschluß revidieren

### SPD, CDU und DVP beschneit Sozialrentnern die Leistungen

Karlsruhe. (EB) Gegen den heftigsten Protest der kommunistischen Stadtratsfraktion entschied die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit am 8. November 1949, daß ab 1. April 1950 die Erhöhung der Sozialrenten auf die Fürsorgeleistungen angerechnet wird. Stadtrat Flösser (SPD) erklärte auf die ernsthaften Vorstellungen von Stadtrat Dietz (KPD), daß, wenn der Zeitpunkt des Abzugs herantritt, der Stadtrat dann auch noch da sei. Zugegeben, die Stadtverwaltung gab bei dieser Vorlage dem wiederholten Drängen der Inneren Verwaltung nach, die sich auf den Standpunkt stellte, daß „ein ungesetzlicher Zustand“ nicht länger aufrechterhalten werden dürfe.

Herr Dr. Unser von der Inneren Verwaltung muß allerdings belehrt werden, daß selbst die reaktionäre Bonner Regierung einen Entwurf ausgearbeitet hat, der empfiehlt, die Erhöhungen bei den Rentenleistungen nicht in Anrechnung zu bringen. Wir mußten auch schon bei anderen Gelegenheiten die traurige Erfahrung machen, daß die Innere Verwaltung immer auf den formalen Buchstaben unsozialer Verfügungen drückt. Für die Stadtverwaltung und den Stadtrat — das sei hier ausdrücklich festgestellt — bestand keine gesetzliche Verpflichtung, dem antisozialen Druck der Inneren Verwaltung nachzugeben.

Beigeordneter Dr. Gutenkunst versuchte, den Standpunkt der staatlichen Verwaltung juristisch zu rechtfertigen. Dafür können sich heute bei ihm und den Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und DVP die Sozialrentner bedanken, die schon ab 1. April 1950 bis zu 30 DM von ihrer kargen Unterstützung abgezogen erhielten. Jetzt, nachdem ihnen die Sozialrenten auf den Pelz rücken, wird es den Herrschaften etwas ungemütlich.

Es war aber nur die kommunistische Stadtratsfraktion, die in der letzten Stadt-

ratsitzung den dringlichen Antrag einbrachte, den seinerzeitigen Stadtratsbeschluß aufzuheben und von einer Anrechnung der Sozialrentenerhöhung auf die Fürsorgeleistungen abzusehen.

Wie reagierte die Stadtverwaltung? Sie hielt es nicht für notwendig, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Angaben der Wohlfahrtsverwaltung werden durch die verfügbaren Kürzungen monatlich 7 500 DM eingespart, oder besser gesagt aus den Knochen der armen Teufel herausgepreßt, die

trotz jahrzehntelanger schwerer Arbeit sich keine anderen Reichtümer für das Alter erwerben konnten, als eine klägliche Rente, die noch durch Fürsorgeleistungen aufgebe-

sert werden muß. Sind überhaupt die hohen Gehaltsempfänger bei der nordbadischen Landesverwaltung und der Stadtverwaltung in der Lage, zu erweisen, was es heißt, mit hundert und weniger Mark im Monat zu existieren? Hier würde nur eine Lektion helfen, diese reaktionären und unsozialen Bürokraten ein Jahr lang auf die Ration eines Sozialrentners zu setzen. — i-

### Polizei-Streiflichter

Steigende Kurve der Verkehrsunfälle Auch der Monat März bringt im Vergleich zu den beiden Vormonaten eine weitere Steigerung der Verkehrsunfälle. Im einzelnen wurden von der Polizei 166 Verkehrsunfälle aufgenommen, wovon allein 109 Fälle auf verkehrswidriges Verhalten der Autofahrer zurückzuführen sind. Entsprechend ungünstig ist das Gesamtergebnis mit 3 Toten und 67 Verletzten.

Tücke der Fahrbahn Die nasse Fahrbahn war schuld, daß auf dem Luisenring der Anhänger eines Lastkraftwagens ins Rutschen kam und dabei einen am Straßenrand parkenden Personenkraftwagen umwarf. Wenn auch bei dem Vorgang keine Personen verletzt wurden, so beklagte die Beteiligten einen Sachschaden von rund 3 bis 4000 DM.

Vorsicht beim Öffnen der Tür! Vor dem Eingang der früheren Kaiser-Wilhelm-Kaserne öffnete ein Besatzungssoldat plötzlich die Tür seines haltenden Pkws. Mit dieser Möglichkeit hatte anscheinend ein vorbeifahrender Radfahrer nicht gerechnet, der durch die aufgehende Tür zu Boden stürzte und dabei mit seinem Arm

unter das Hinterrad eines in gleicher Richtung fahrenden Kraftfahrzeuges geriet. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte sich der Radfahrer nach Hause begeben. Ob er eine ernsthafte Verletzung davongetragen hat, ist im Augenblick nicht bekannt!

Heimtückischer Raubversuch Während in der Rheinheiderstraße der Ehemann dabei war, seiner Frau den durch den starken Wind vom Kopf gerissenen Hut aufzuheben, erhielt er plötzlich in der Dunkelheit von einem Unbekannten mit einem Gegenstand einen kräftigen Schlag auf den Kopf, so daß er bewußtlos wurde. Ein mit letzter Kraft ausgestoßener Schrei des Ueberfallenen nach seiner Frau verschleuderte den Täter und hielt diesen von einem anscheinend geplanten Raub ab.

Falsche Geschäftsmethode Etwa ein halbes Jahr lang schlängelte sich ein junger Angestellter durchs Leben, indem er sein Bodenwachs-Vertriebsgeschäft mit ungedeckten Schecks finanzierte. Mit dieser Methode konnte er aber keinen Erfolg ernten und am Ende waren ihm auch tatsächlich die Schulden über den Kopf gewachsen. Er wurde jetzt festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

## Betriebsarbeiter-Konferenz

Am Freitag, 14. April 1950, findet um 19.00 Uhr, im Kantinenraum der Motorenwerke eine

### wichtige Versammlung

aller Genossen aus den Betrieben statt.

Thema:

„Betriebsarbeit im Zeichen wachsender sozialer Spannungen“

Referent: WILLY GRIMM

Wir bitten um pünktliches Erscheinen.

KPD - Kreisvorstand Mannheim.

### War sie beim Chef unbeliebt?

Mannheim. Es konnte nicht klar herausgestellt werden ob die Klägerin deshalb entlassen worden war, weil der Betrieb wegen Auftragsrückganges so oder so zu Entlassungen hätte Rückgriff nehmen müssen, oder weil die Klägerin sich durch ihre gewerkschaftliche Arbeit im Betriebe beim Chef unbeliebt gemacht hatte. Ein Zeuge sagte zwar aus, die Klägerin wäre nach seinem Dafürhalten deshalb unter den Ent-

lassenen gewesen, weil sie erst seit kurzem bei der Firma eingetreten und sozial besser gestellt sei als die anderen, da ihr Mann noch in Arbeit stehe. Demgegenüber läßt eine von den Zeugen bestätigte Äußerung des Betriebsleiters sehr stark einen anderen Grund vermuten.

Dieser erklärte klipp und klar, daß die Klägerin eine Stänkerin sei und deshalb in seinem Betriebe nichts zu suchen hätte. Er meinte auch, er brauche keine Gewerkschaften, das mache er schon selbst. Ueberhaupt lehne er es ab, daß sich jemand in seine Betriebsangelegenheiten mische. In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht sehe er ein Intrigenspiel.

Der Vorsitzende meinte jedoch, es habe bei Entlassungen jeder das Recht, sich seiner Haut zu wehren. Das Gericht schlug vor, der Unternehmer solle, um zu beweisen, daß er die Klägerin nur aus der zeitweiligen Lage des Geschäftes heraus und nicht aus anderen Gründen entlassen habe, sich verpflichten, diese bei Wiedereinstellungen als erste zu berücksichtigen. Der Unternehmer schien schließlich zu der Einsicht gekommen zu sein, daß dieser Vergleichsvorschlag für ihn wohl am geratensten sei und willigte daher ein. Es bleibt zu hoffen, daß diese Bereitschaft kein leeres Versprechen bleiben wird und die mißfälligen Bemerkungen über die Gewerkschaften ihm in der Hitze seines Gemütes entfahren, sonst wäre es nämlich an der Zeit, die Öffentlichkeit mit diesem Falle etwasa näher vertraut zu machen.

### Ein Spatz in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dach

Dies hätte sich ein bei der Steg entlassener Angestellter mehr zu Herzen nehmen sollen. Man hatte ihn deshalb zuerst entlassen, weil seine Frau in Arbeit steht und daher seine soziale Lage gegenüber seinen übrigen Kollegen günstiger erschien. Da jegliche Entlassung für den Betroffenen heutzutage von äußerst schwerwiegender Bedeutung ist, hätte er eigentlich mit beiden Händen zugreifen sollen, als der Vergleichsvorschlag einer vorläufigen Weiterbeschäftigung als Transportarbeiter zur Sprache kam. Das Gericht verurteilte ihn bei Ablehnung seiner Klage zur Zahlung der Kosten des Rechtsstreites.

Als nächster Steg-Fall wurde die Sache eines Buchhalters verhandelt. Er war vor kurzem entlassen worden, mit der Begründung, daß man im Zuge der Liquidation der Steg nur die besten Kräfte bis zuletzt behalten könne. Der Kläger wehrte sich dagegen, als schlechte Arbeitskraft eingestuft zu werden. Seine Arbeitsleistung stehe dem seiner Kollegen nicht nach, erklärte ein Zeuge. Der Kläger setzte es durch, daß ihm ein volles Monatsgehalt als Entschädigung zugesichert wurde. —che-